

Artikel vom 12.10.2012 - 17.08 Uhr

Stadtverordnete stehen unter »Beobachtung«

Gießen (mö). Die 59 Stadtverordneten des Gießener Stadtparlaments stehen seit einiger Zeit unter »Beobachtung« durch die Bürger, denn das bekannte Internetportal www.abgeordnetenwatch.de hat seine Tätigkeit auf die Kommunalparlamente ausgedehnt.



Gießens Stadtverordnete können ab sofort bei Abgeordnetenwatch per E-Mail befragt werden. (Screenshot)

In Hessen sind es bislang acht, darunter auch die Gießener Stadtverordnetenversammlung. Ihren Mitgliedern können Bürger ab sofort per E-Mail Fragen stellen. Bislang ist die Resonanz eher dürrtig. Die einzigen Fragen erhielten bislang Christian Oechler von der Piratenpartei und Michael Beltz (Linke).

Das Büro der Stadtverordnetenversammlung erfuhr davon durch eine Anfrage der GAZ. Mitarbeiterin Andrea Allamode zeigte sich überrascht. Man sei von der in Hamburg ansässigen gemeinnützigen Organisation weder informiert worden, noch habe man E-Mail-Adressen der Parlamentarier an Abgeordnetenwatch herausgegeben.

Martin Reyher von Abgeordnetenwatch sagte, Kommunalparlamente würden nur dann von seiner Organisation aufgenommen, wenn der Redaktion eine ausreichende Zahl von E-Mail-Adressen der Mandatsträger vorliege. In Gießen sei das der Fall, da die Adressen von politisch interessierten Bürgern »recherchiert« und an Abgeordnetenwatch

weitergeleitet worden seien. Das Parlamentsbüro sei zu diesem Zweck nicht kontaktiert worden. Wie Reyher betonte, würden alle Frage redaktionell bearbeitet. Beleidigende Inhalte würden nicht zugelassen.

Die Recherche der E-Mail-Adressen dürfte im Fall von Gießen nicht schwer gewesen sein. Die allermeisten Stadtverordneten haben sie unter www.giessen.de im öffentlich zugänglichen Teil des Parlamentsinfos veröffentlicht.

Die bislang einzigen zwei Fragen sind übrigens noch nicht beantwortet worden. Pirat Oechler war von einem Parteifreund gefragt worden, über welche Nebeneinkünfte er verfügt, Beltz, was ein Bürgerentscheid kostet.

Abgeordnetenwatch, das sich nach eigenen Angaben durch Spenden finanziert, hatte zuletzt bundesweit durch Beiträge zum Thema Nebeneinkünfte von Abgeordneten und zum Fall des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Schlagzeilen gesorgt.

© Gießener Allgemeine Zeitung 2012 - www.giessener-allgemeine.de